

Betreff: Absicherung der PUT-Teams zur
Unterstützung für Brennpunktschulen



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingebraucht von Frau Gemeinderätin Mag.^a Susanne Bauer
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Jänner 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Auflösung der sogenannten PUT-Teams - das ist gleichsam das Nachfolgemodell der ehemaligen mobilen Integrations-Teams (MIT) - mit der zu Jahresende erfolgten Kündigung von 23 ExpertInnen dieses psychosozialen Unterstützungsteams sorgt aufgrund der Brisanz für heftige Diskussionen. Und das aus gutem Grund: Gerade für die sogenannten Brennpunktschulen ist diese professionelle Unterstützung nahezu unverzichtbar. Weswegen ja seitens der SPÖ bereits im Vorjahr mit einer Anfrage mit aller Deutlichkeit auf diese Problematik betreffend das Aus für MIT hingewiesen wurde.

Welche Bedeutung diese PUT- oder vormals MIT-Teams für unsere Schulen speziell in Hinblick auf die Arbeit mit Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache und deren Familien haben, ist in den letzten Tagen umfassend in den Medien dargelegt worden und braucht an dieser Stelle wohl nicht mehr lang und breit wiederholt zu werden. Barbara Kefer, Direktorin der Volksschule Bertha von Suttner, hat es auf den Punkt gebracht: „Das hier in der Volksschule ist der einzige Zeitpunkt, die einzige Schnittstelle, an der wir diese Familien dank dieser Experten gut erreichen können, sie hereinholen und etwas bewegen. Das ist die einzige Chance, um Integration aktiv voranzutreiben.“

Umso unverständlicher ist es, dass dieses Modell – von dem im Übrigen alle ernstzunehmenden ExpertInnen überzeugt sind – daran scheitern soll, dass sich Bund und Land nicht über die Kostenteilung bzw. die Mitsprache einigen können. Und umso verständlicher ist, dass mittlerweile Dutzende SchulleiterInnen – auch aus Graz – ihre große Besorgnis zum Ausdruck gebracht und die Bildungsdirektion dringend aufgefordert haben, eine Lösung für den Erhalt dieser Teams zu suchen.

Auch wenn die Stadt Graz – da nur Schulerhalterin im Pflichtschulbereich – in dieser Causa keine unmittelbare Zuständigkeit hat, so liegt es aus unserer Sicht sehr wohl in der Verantwortung der Stadt gegenüber den die betroffenen Schulen besuchenden Kindern, deren Eltern und den dort tätigen PädagogInnen und SchulleiterInnen, initiativ zu werden. Daher sind selbstverständlich Bund und Land Steiermark dringend aufzufordern, eine Einigung für die Kofinanzierung und somit Fortführung der PUT-Teams zu erzielen.

So wichtig, richtig und notwendig ein solcher Appell ist und auf jeden Fall erfolgen sollte, ist aber jetzt auch konkretes Handeln erforderlich: Bildung ist ein Schlüssel für gelungene Integration, Bildung und Integration sind eng miteinander verwoben – und eine gute Bildung schafft Zukunft: Für jeden und für jede Einzelne, aber auch für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Daher erscheint es als wünschenswert, dass die Stadt Graz – damit PUT weitergeführt wird - vorab zur Überbrückung die Mittel für die Kofinanzierung mit dem Bund bereitstellt.

Voraussetzung wäre natürlich überhaupt einmal zu wissen, wie hoch tatsächlich der Bedarf für diese PUT-Teams in Grazer Brennpunktschulen ist. Auch wenn aufgrund der vorjährigen Anfrage seitens des ABI festgehalten wurde, dass diese Frage an die zuständige Landesrätin gestellt werden müsse, die Stadt könne keine Auskunft geben, scheint es doch zweckmäßig und auch als ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den schwierigen Aufgabenstellungen der in Graz tätigen PädagogInnen zu sein, diese Frage direkt über die Schulleitungen abzuklären. Dies auch deshalb, da mittlerweile seitens etlicher LehrerInnen jene Kriterien, die angewandt werden, um herauszufiltern, ob Kinder als „außerordentliche SchülerInnen“ geführt werden sollen, als – vorsichtig gesagt – hinterfragenswert, weil „beschönigend“ empfunden werden.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz betont die Unverzichtbarkeit von unterstützenden Projekten wie PUT bzw. vormals MIT speziell für die schwierigen Aufgabenstellungen in den sogenannten Brennpunktschulen. Um die psychosozialen Unterstützungsteams im Sinne des oben angeführten Motivenberichtes doch noch abzusichern,

1. werden Bundesregierung, Nationalrat, die Steiermärkische Landesregierung und der Landtag dringend ersucht, eine Einigung betreffend Kofinanzierung und Mitwirkungskompetenzen betreffend das Projekt „PUT“ zu erzielen, damit den betroffenen Schulen diese zwingend notwendigen psychosozialen Unterstützungsteams weiter zur Verfügung stehen
2. wird Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, bei den Grazer PflichtschulleiterInnen umgehend das Ausmaß des tatsächlichen Bedarfs an PUT-Unterstützungen für die einzelnen Grazer Schulstandorte erheben zu lassen. Auf Basis dessen ist zu prüfen, inwieweit seitens der Stadt als kurzfristige Überbrückung für die PUT-Weiterführung an den städtischen Schulen bis zu einer Einigung zwischen Bund und Land die für die Kofinanzierung mit dem Bund erforderlichen Mittel bereitgestellt werden können.